



Geheim ist die Stimmabgabe – nicht geheim bleiben soll, woher das Geld für Abstimmungskampagnen und Wahlbudgets stammt. Die Parteien, Kandidaten und Komitees müssen auf kantonalen und Gemeindeebene zukünftig offenlegen, wie sie ihre Kampagnen finanzieren.

BILD ROBERTA FELE

## Jusos schaffen Sensation: Volk sagt Ja zur Offenlegung von Geldspenden in der Politik

Die Stimmbevölkerung nimmt mit 53,8 Prozent Ja-Stimmen die kantonale Volksinitiative «Transparenz in der Politikfinanzierung» an.

**Mark Liebenberg**

«Ja? Hey, was? Das hätte ich nie gedacht!» – nur gerade zwei Juso-Vertreter sind zur Verkündung des Abstimmungsergebnisses gestern Mittag ins Regierungsgebäude gekommen. Doch ihre Freude kannte keine Grenzen. Die Vertreter der Jungpartei waren doch einermassen überrascht über die Annahme ihrer Transparenzinitiative. Ein knappes Resultat hatte sich in der Stunde zuvor abgezeichnet: Nach Auszählung aller Gemeinden ausser der Stadt stand es lange 48,1 Prozent Ja- gegen 51,9 Prozent Nein-Stimmen. Als nach längerem Warten die Stadt dazukam, kippte das Verhältnis – mit 15904 zu 13645 Stimmen nimmt die Schaffhauser Stimmbevölkerung die Volksinitiative «Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenzinitiative)» an.

Bei einer Stimmbeteiligung von knapp 64 Prozent haben somit 53,8 Prozent der Stimmberechtigten dem Anliegen zugestimmt. Sie sagen Ja zu strengen Regeln in der Politik- und Parteienfinanzierung – streng auch im Vergleich zu Regelungen in den wenigen anderen Kantonen, die solche Gesetze schon kennen. Offengelegt werden müssen in Zukunft die Budgets von Wahl- und Abstimmungskämpfen auf kantonaler und Gemeindeebene. Die Spendernamen müssen ab 3000 Franken pro Jahr an die gleiche politische Partei oder ein Komitee öffentlich gemacht werden. Wenn juristische Personen (Firmen, Verbände, Vereine, NGOs und weitere Institutionen) an eine Partei, einen Kandidaten oder ein Abstimmungskomitee spenden, müssen diese Beträge bereits ab einem Franken deklariert werden. Der Kanton muss diese Angaben überprüfen und in einem öffentlich zugänglichen Register aufbereiten. Zu widerhandlungen gegen die neuen

Transparenzregeln werden mit Geldbussen bestraft.

### Jetzt geht es an die Ausarbeitung

Die Schaffhauser Stimmbevölkerung hat diesen umfassenden Transparenzregeln als Zusatz in der Kantonsverfassung nun zugestimmt. Jetzt ist die Regierung am Ball: Sie muss eine Vorlage ausarbeiten, welche diese Regeln präzisiert, und aufzeigen, wie sie deren Einhaltung kontrollieren wird.

Wieder einmal zeigt sich ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle. Zugestimmt haben der Juso-Initiative nur sieben Schaffhauser Gemeinden, 19 lehnten sie ab. Deutlich ist die Zustimmung in der Stadt (7955 zu 5076

7

von 26 Gemeinden sagen Ja zur Juso-Initiative, in den restlichen 19 fällt sie durch. Zu den sieben Ja-Gemeinden gehören aber die bevölkerungsreichsten, die Stadt und Neuhausen.

Stimmen) und in Neuhausen (1546 zu 1071 Stimmen). Auch in Neunkirch und Stein am Rhein überwiegen die Ja-Stimmen. Einzig die Agglomerationsgemeinde Thayngen lehnt die Volksinitiative mit 1120 zu 945 Stimmen ab; knapper das Nein-Resultat in Beringen (877 zu 862).

### Schaffhausen ist sechster Kanton

Mehr oder weniger knappe Zustimmung gab es in den Landgemeinden Buch, Büttenhardt und Hemishofen. Am wichtigsten verworfen haben die Begginger und Oberhallauer – das knappste Resultat gab es in der Gemeinde Buch, welche das Anliegen mit nur einer Stimme Unterschied ablehnte.

Damit ist Schaffhausen der bislang sechste Kanton im Land, der Transparenzregeln auf kantonaler und kommunaler Ebene einführt. Bereits länger kennen Genf, Neuenburg und das Tessin solche Bestimmungen. Neu einführen werden sie Schwyz und Freiburg. Die Schaffhauser Regierung und die bürgerlichen und Mitteparteien im Kantonsparlament hatten die Juso-Initiative zur Ablehnung empfohlen – das Parlament mit 35 zu 20 Stimmen – und ihr auch keinen gemässigten Gegenvorschlag gegenübergestellt.

**VIDEO**  
Interviews unter  
[www.shn.ch/click](http://www.shn.ch/click)

### Reaktionen zur Transparenz-Abstimmung – «Eine Riesenüberraschung»



**Stefan Lacher**  
Kantonsrat Juso,  
Mitinitiant

«Dass wir gewonnen haben, ist für uns eine Riesenüberraschung. Wir haben uns einen würdigen Achtungserfolg gewünscht, vielleicht vierzig Prozent oder so. Die Annahme freut uns jetzt aber riesig. Es zeigt sich, dass die Schaffhauser Stimmbevölkerung demokratiepolitisch ein feines Gespür hat. Dazu gehört, dass die politischen Player integer sind und dazu gehört eben auch, dass Offenheit herrscht über die Herkunft der Gelder in Wahl- und Abstimmungskämpfen im Kanton und in den Gemeinden. Das Volks-Ja zeigt, dass die Leute die heutige Situation als einen Missstand betrachten.»



**Christian Heydecker**  
Kantonsrat FDP

«Ich bin über den Volksentscheid sehr enttäuscht. Einmal mehr drängt das Staatliche das Private ein Stück weit zurück, nur in kleinen Schritten zwar, die im einzelnen nicht sehr weh tun. Auf lange Sicht gesehen, gibt mir aber diese Entwicklung schon zu denken. Die Umsetzung der kantonalen Transparenzinitiative wird nur zu mehr administrativem Aufwand führen, für die Verwaltung und die politischen Parteien. Mehr nicht. Bei der Ausarbeitung des notwendigen Gesetzes wird aber das Volk sicher noch einmal die Möglichkeit haben, sich zu diesem Thema zu äussern.»



**Erich Schudel**  
Kantonsrat JSVP

«Die Bevölkerung, vor allem jene in der Stadt, sagt Ja zur Offenlegung von Parteifinanzien, diesen Entscheidung müssen wir akzeptieren. Wir haben die Vorlage abgelehnt, weil sie eine starre Regelung darstellt und es trotzdem sehr viele offene Fragen gibt – die auch jetzt offenbleiben. Ich hoffe sehr, dass sich die Initianten dann nicht sperren werden, wenn wir versuchen müssen, eine für den Kanton Schaffhausen vernünftige Lösung hinzubringen. Gerade auf dem Land ist es schwieriger geworden, Kandidaten für Wahlen zu finden. Das wird nicht einfacher mit den Anmeldefristen, die jetzt Pflicht werden.»